



Drucksachen-Nr. **X/1537**

Bad Schwalbach, den 12.01.2021

Aktenzeichen:

Ersteller: Herr Schardt

Zentrale Steuerung

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich
Kreisausschuss	25.01.2021		nein
Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreientwicklung	02.02.2021		ja
Haupt- und Finanzausschuss	05.02.2021		ja
Kreistag	09.02.2021		ja

Titel

**Neubauvorhaben im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“, Bad Schwalbach;
Grundsatzbeschluss**

I. Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss nimmt die durch den Kreistag am 20.10.2020 beschlossene Variantenbetrachtung zur Möglichkeit der Realisierung von Modul 1 aus dem Gefahrenabwehrzentrum zur Kenntnis.
2. Der Kreistag nimmt die gemäß Beschluss vom 20.10.2020 beauftragte Variantenbetrachtung zur Möglichkeit der Realisierung von Modul 1 aus dem Gefahrenabwehrzentrum zur Kenntnis.

Die Unterlagen sind als Anlage beigelegt.

II: Sachverhalt:

Aufgrund der aktuellen Beschlusslage wurden die in Frage kommenden Varianten zur Realisierung von Modul 1 aus dem Gefahrenabwehrzentrum jeweils einer gesonderten Betrachtung mit Kostenvergleich unter Berücksichtigung der langfristig entstehenden Kosten unterzogen. Dabei wurde ein Zeitraum von 10 Jahren zugrunde gelegt.

Das Angebot des DRK-Kreisverbandes ist nicht als abschließend zu bewerten, da es sich um ein indikatives Angebot handelt und die Berechnungen auf diesen Angaben basieren.

In Bezug auf den sonstigen Sachverhaltsvortrag wird auf die Drucksachen-Nr. X/1390 verwiesen. Ergänzend wird ausgeführt, dass sich am Verhandlungsstand mit der Stadt Bad Schwalbach bzgl. des Erwerbs der ehemaligen Skaterbahn bisher keine Änderungen ergeben haben. Ungeachtet dessen werden weiter Verhandlungen mit der Stadt geführt. Unabhängig davon, bringt das Grundstück dem Kreis keine gravierenden Vorteile bei einem Kauf. Das Gelände ist kein Bauland (unbeplanter Innenbereich).

Zur Frage der Notwendigkeit der zusätzlichen 30 Arbeitsplätze ist festzuhalten, dass durch die Schaffung von Homeoffice Möglichkeiten und mobiles Arbeiten keine nennenswerten hohen Zahlen an Arbeitsplatzeinsparungen generiert werden. Dazu müsste die Verwaltung und insgesamt der öffentliche Dienst weitaus mehr digitalisiert sein, was nicht der Fall ist. Die Verwaltung arbeitet an einer Konzeption, die dann auch „mobile working“ beinhaltet.

Dort wo Homeoffice und in einer Pilotphase mobiles Arbeiten in der Kreisverwaltung möglich ist – auch mit Blick darauf, den Dienstbetrieb im Haus mit Besucheraufkommen und Terminen aufrecht zu erhalten – wird davon auch sinnvoll Gebrauch gemacht. Dadurch konnten bereits Arbeitsplatzkapazitäten freigesetzt werden. Das ist aber in großflächigem Stil noch nicht möglich.

Die Stellenpläne 2020 und 2021 sehen die Schaffung von insgesamt 42 neuen Stellen vor. Bereits in Abzug gebracht sind dabei die 10 Stellen, die gemäß aktueller Beschlusslage zu streichen sind. Von den 20 Stellen aus 2020 konnten aufgrund der Pandemie längst nicht alle erforderlichen Stellen besetzt werden und so besteht nach wie vor Raumbedarf. So auch schon in der Drucksachen-Nr.X/1390 ausgeführt.

Es werden auch noch weitere Stellenneuschaffungen kommen. Nach dem Pakt für den ÖGD (Öffentlicher Gesundheitsdienst) wird Hessen im Zeitraum 2021 bis 2026 Bundesmittel in Höhe von rd. 231 Mio. € für den dauerhaften Personalaufbau in den Gesundheitsbehörden erhalten. Davon wird auch der RTK partizipieren und es wird Büroraum benötigt – schon in nicht allzu ferner Zukunft.

Auch die Pandemie hat gezeigt, wie schnell und wie dringend Büroarbeitsplätze benötigt werden, um das Gesundheitsamt vor Ort zu unterstützen im Bereich der Kontaktnachverfolgung und aller damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge.

Derzeit sind alle Besprechungsräume im Kreishaus zu Büros umfunktioniert, die Cafeteria in Teilen abgetrennt, um Büroarbeitsplätze für die Unterstützer der Bundeswehr zu erhalten.

Damit es zu einer Entlastung kommt, hat der Kreisausschuss am 07.12.20 beschlossen, in der ehem. Tannenwaldklinik vorübergehend Büroflächen für die Dauer von einem halben Jahr anzumieten. Mit dem Eigentümer der Liegenschaft konnten die Vorbereitungen und die Bedingungen unkompliziert und zügig abgeschlossen werden und auf einer Ebene des Gebäudes sind Büroräume für 24 Arbeitsplätze entstanden, die nun bezogen werden.

(Frank Kilian)
Landrat

Anlage: